

Anzeige
verordn. 8. Sept. 1919. 34 mm Dr. Millimeterzeile oder deren Raum mit 10 Dr. berechn. u. in unferen Anzeigenspreisen u. allen Anzeigenspreisen angenommen. Bestanden die 92 mm Dr. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen - Annahmefrist vom 11 Uhr, für die Sonntags- u. abends 9 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erstpreis 10 Pf. 2. mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Brandhauß, 17. Neben-Geschäftsstelle: 22. März 22 und Große Ulrichstr. 22.

Zeitung

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2,00 Mark, vierteljährlich 6,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark auswärts. Zustellungsgebühr, Einzelnummer 1 Pf. Bei einem Verzuge von allen Rückzahlungen angenommen. Im amtlichen Zeitungswesen unter der Aufsicht des Reichsfinanzministers. Für unentgeltliche Einlagen kein Anrecht auf Rückzahlung. Übernommen, nachdem nur mit der Quellensangabe, 'Zeitung' genannt. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1418, der Besorgung-Abt. Nr. 1133; Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4008.

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 384.

Halle, Montag, den 18. August.

1919.

Erzberger und der Staatsbankrott.

Neue Kämpfe in der Nationalversammlung. — Putzche und Ausschreitungen in Oberschlesien.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 18. August. 82. Sitzung. Am Regierungssitz: Erzberger, Dr. David, Müller, Kossel und Dr. Bell.

Präsident Freydenhach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die erste und zweite Beratung eines Gesetzes über einen Antichiffkredit für das Jahr 1919.

Dadurch soll der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, zur Befreiung einmaliger außerordentlicher Ausgaben 9 Milliarden Mark im Wege des Antichiffkredits zu machen.

Abg. Springer (Deutschlan.) zur Geschäftsordnung: Als wir der heutigen Tagesordnung am Sonnabend zugestimmt haben, wußten wir annehmen, daß sich damals bereits die Vorlage in unserer Hand befand.

Der Herr ist entschuldigbar, da es unmöglich ist, zu wissen, welche Gesetzesvorlagen dem Hause zugegangen sind. (Lebhafter Widerspruch.) Wie wenig die Vorlagen dem Hause bekannt sind, ist aus einem Vorfall in dem Sonnabend-Sitzung zu entnehmen.

In einem Paragraphen des Grundgesetzgesetzes war eine Stelle ausgefallen, wodurch der Paragraph völlig unbrauchbar geworden war. Trotzdem wäre der Paragraph in dieser unvollständigen Fassung angenommen worden, weil weder die Regierung, noch der Präsident, noch irgendein Mitglied des Hauses den Fehler bemerkt hätte, wenn nicht späterweise ein Mitglied der Opposition auf den Versammlungsausschuß gemacht hätte. (Große Unruhe links.)

Die Vorlage ist uns erst am Sonntag morgen zugegangen, sie konnte also gemäß § 18, wonach eine Vorlage frühestens am dritten Tage nach ihrer Bekanntgabe auf die Tagesordnung gesetzt werden darf, heute nicht zur Beratung gestellt werden. In der letzten Zeit sind ja manche Gesetze

mit einer Oberflächlichkeit beraten worden, die eigentlich der Würde des Hauses nicht entspricht.

Wenn die Mehrheit des Verfahrens mit ihrer Würde vereinbar sein kann, dann sollte sie wenigstens beschlußfähig her vertreten sein. Das ist in den letzten Tagen dauernd nicht der Fall gewesen. Die Kritik der Bevölkerung gegen das hier beliebte Verfahren ist sehr scharf. Wir haben den Eindruck, daß durch die überstürzte Art der Vorlegung die

Gründlichkeit der Behandlung sogar vermiehen werden soll. Das können wir nicht mehr mitmachen und beantragen Ablehnung dieser Vorlage. (Lebhafter Beifall rechts, große Unruhe links.)

Präsident Freydenhach: Durch die Begründung des Antrages ist es dem Hause sicher schwer geworden, ihn anzunehmen; ich bitte aber doch, dem Vorschlage zuzustimmen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Wenn Sie dem Antrage stattgeben, machen Sie es dem Reichsfinanzministerium unmöglich, ordnungsmäßig Gelder auszugeben. Wir

geraten dann vor den Staatsbankrott. (Große Bewegung links, lebhafter Unruhe rechts.) Die Nationalversammlung möge jetzt wenigstens die erste Lesung vornehmen und das Gesetz an den Ausschluß verworfen. Dann bleibt für gründliche Beratung des Gesetzes genügend Zeit.

Abg. Schink-Bromberg (Deutschlan.) widerspricht dem Vorschlage des Reichsfinanzministers.

Präsident Freydenhach: Zur Abklärung der Ausführungen möchte ich darauf hinweisen, daß mir die Antragsteller mitgeteilt haben, sie würden keine Schwierigkeiten machen, wenn ihnen Gelegenheit zur Vorbereitung des Gesetzes gegeben werde. In dieser Verbindung hat die Art der Begründung des Antrages allerdings Zweifel erweckt. (Zustimmung links.)

Reichsfinanzminister Erzberger bringt noch einmal auf Entscheidung der ersten Lesung.

Abg. Dr. Heine (D. Vp.): Wir verlangen ebenfalls Ablehnung der Vorlage. Wir sind in der letzten Zeit

mit Gesetzesvorlagen überhäuft worden, von denen die Mehrheitspartei sehr genaue Kenntnis hatten, während die Minderheitspartei davon nicht unterrichtet waren. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Abg. Dr. Dornburg (Dem.): Es ist unverantwortlich, daß der Abg. Dr. Hugenberg davon gesprochen hat, hier werde Theater getrieben. (Lebhafter Beifall links, Unruhe rechts.) Die Vorlage ist nicht kompliziert. Jeder Kenner des Staats weiß, daß sie vollausgeführt ist. Die Rechte macht hier ganz einfach einen

Vorschlag zur Sitzung der Geschäftsleitung. (Lebhafter Beifall links, Widerspruch rechts.)

Abg. Schink-Bromberg (D. Nat.): Wenn die erste Lesung überhaupt einen Sinn haben soll, müssen die Vorlagen

noch einen unterrichteten Redner vorführen können. dazu haben wir aber keine Möglichkeit gehabt.

Abg. Dr. Hugenberg (D. Nat.): Der Reichsfinanzminister Erzberger hat behauptet, wir hätten es mit dem Bankrott, wenn die Beratung der Vorlage erfolgen sollte. Demon wird er seinen ruhigen und billigenken Beurteiler überzeugen können. Wenn die Sache im Stillen stand, dann wäre es auch nötig gewesen, das auf Tage früher zu setzen. (Beifall rechts.)

Reichsfinanzminister Erzberger: Das von dem Antragsteller geforderte genauere Studium der Vorlage ist wertlos, weil ich zur Begründung Ergänzungen zu machen habe, die nicht möglich sind und die dann, warum ich in diesem Augenblick die Beratung der Vorlage verlangen muß, vorherige Informationen sind ihrer Partei gemacht worden.

Die Annahme des Antrages Hugenberg würde von schweren unabweisbaren Folgen begleitet werden.

Abg. Keil (Csp.): Es ist ganz offenkundig, daß die Rechte der Regierung Schwierigkeiten machen will. Die Rechte hat ein Wort des Bedenkens geäußert, als die Kriegskreditvorlage, bei denen es sich nicht nur um Vermögensgüter von 10 bis 15 Milliarden Mark handelte, sondern auch um die Fortführung des Krieges über die Verlebensfrist, ohne Erörterung erledigt wurden. (Lebhafter Zustimmung.)

Abg. Geyer (N. S.): Die Gesetzesvorlagen werden hier tatsächlich in einer beispiellosen Hast eingebracht. Zu dieser Hast geistert der Reichsfinanzminister auch noch den

Grund der Drohung mit seiner Demission. Wir werden uns keinerlei Gefahren aussetzen, wenn wir die Beratung dieses Gesetzes um 24 Stunden vertagen.

Die polnische Leberfälle in Oberschlesien.

Breslau, 18. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die Grenzhandlungen der Polen sind schon in der Nacht zum Sonntag am Sonntag wurden dadurch verursacht, daß mit den Polen sympathisierende Banden, Zivilisten unter Führung von polnischen Soldaten sich über die Grenze geschlichen hatten und versuchten, den Grenzschutz zu überwinden. Sie spielten leichtes Spiel zu haben, weil in der Kreisstadt Rüggen am Sonnabend und Sonntag das an der Grenze lokalisierte freiesprengende große Festliche feieren veranstaltete. Welche wurde im Moment des Angriffes angelegt und mit militärischen Mitteln die Ruhe wieder hergestellt. Bei Gotschewitz und Gubow im Kreise Rüggen wurden von den Polen Leberfälle ausgeführt. An beiden Stellen ist unter Grenzschutz übermäßig ausgespielt. Eingekreistes Militär warf den Feind zurück. (Siehe auch Seite 2. Die Red.)

Weitere Ausschreitungen in Oberschlesien

Breslau, 18. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Die Streiklage hat sich heute früh bedeutend verschärft. Menschenleben den ganzen Tag Ausschreitungen und Putzche bemerkbar zu machen. Seit heute früh sind vertriebene Polen in den Zustand gekommen. Zu großen Zusammenstößen kam es in Gubow, Kreis Rüggen, wo es einer polnisch-germanischen Menge gelang, die Grenzbesatzung zu entweichen. Militäre wurde angesetzt, um überall die Ruhe wieder herzustellen. Es ist strengstens anzuordnen, Anzügen mit Waffengewalt entgegenzutreten.

Entsendung weiterer Truppen.

Weimar, 18. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Der Reichswehrminister hat zur Abwehr des polnischen Unfalls die notwendigen Maßnahmen angeordnet. In der ganzen Provinz befinden sich erhebliche Truppenkontingenzen. Dem Staatskommissar Goering und dem kommandierenden General sind die weitestgehenden Vollmachten eingeräumt. Der Zulassung des gewaltsamen Aufstehens, der in einzelnen Orten gemacht wurde, mit dem Bergarbeiterstreik wird durch die Tatsache erziehen gehalten, daß unter den Forderungen der Bergarbeiter sich die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Öffnung der polnischen Grenze befindet. Nach Durchführung dieser Forderungen hätte ohne Zweifel die Vereinigung mit Polen proklamiert werden sollen. Die Lage gilt als sehr ernst, aber angesichts der militärischen Machtmittel wird der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegengesehen.

Britische Staatsmänner in Köln.

Köln, 18. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Der britische Vizekonsul Lord George, Minister Churchill, sowie Lord Haldane sind gestern, Sonntag mittig in Köln, wo sich das Hauptquartier der englischen Konventionen befindet, eingetroffen. Bis jetzt war bereits kürzlich in Köln. Es ist der erste Fall, daß seit fünf Jahren ein aktiver Staatsmann der Entente deutschen Boden betritt. Zur Feier der Anwesenheit wurde morgen eine große Truppenparade der Engländer statt.

Seltige bolschewistische Offenlage.

Köln, 18. August. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Köln wird gemeldet, daß an der Jagernaustraße, Köln, am Sonntag die seltige bolschewistische Offenlage abwandert. Russisch-entworfene Truppen haben jedoch das Verordnen aufgehoben und im Gegenzug einige Dächer zerstört. Die seltige Offenlage wurde durch die Registrierung der Engländer an, die sehr ungenügend über den Fall zu entscheiden haben, werden abgewandert.

Die soziale Entwicklung der Arbeitsnachweise.

Von Anna Pappas.

Der öffentliche Arbeitsnachweis hatte zuerst eine überaus schwierige Stellung. Jahrelang dauerte der Kampf gegen Unverständnis und Mißtrauen. Es galt, die seitgewurzelte Vorstellung auszurotten, daß ein gemeinnütziger Arbeitsnachweis eine Wohlfräuleinrichtung sei, die ein Arbeiter, der etwas auf sich hält, ebenso wenig aufsucht, wie ein Arbeitgeber, der vollwertige Kräfte braucht. Immer wieder mußte darauf hingewiesen werden, daß nicht aus Mitleidigkeit, sondern weil es im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten liegt, eine geordnete Art des Arbeitsaufsuchens und Stellenaussetzens geschaffen werden müsse. Nur eine völlig sachliche Handhabung und strengste Parität konnten dieser angelegentlichsten Institution allmählich das Vertrauen gewinnen. Persönliche Beeinflussung, welcher Art auch immer, mußte vermieden werden. Dieses absolute mechanische Verfahren führte naturgemäß dazu, daß die menschliche Arbeitskraft lediglich als 'Ware' behandelt wurde; alle anderen Rücksichten hatten dem Produktionsinteresse gegenüber zu schwächen.

Der tätigen Mitarbeit der Gewerkschaften ist es hauptsächlich zu danken, daß nach und nach ein anderer Geist in die Arbeitsnachweise einzog; die Kritik richtete sich vor allem gegen den Bürokratismus, der auf der Auffassung der Arbeitskraft als eine Ware beruht; diese Auffassung entwürdigte den Menschen im Arbeiter und hält ihn auch materiell auf der niedrigsten Stufe des Lebensfristung.

Der Einfluß der Arbeiterkraft führte schließlich zu einer Ueberwindung des mechanischen Prinzips, und an seine Stelle tritt das organisch-personelle Prinzip.

Das Angemessen wird nicht nur auf den wirtschaftlichen Organismus gerichtet, sondern umfaßt die Gesamtheit des kulturellen Lebens, und man erkennt, daß die materiellen Faktoren der Volkswirtschaft innig verbunden sind mit persönlich-menschlichen Interessen, und daß es die Aufgabe einer der Volkswirtschaft dienenden Institution sein muß, diese Zusammenhänge zu erkennen und ihnen Rechnung zu tragen.

Die Verwirklichung dieses 'persönlichen' Prinzips besteht in der Erzielung einer Arbeitsauslese. Das Mittel, durch die eine solche herbeigeführt wird, ist die der Vermittlung vorangehende Arbeitsberatung. Ihre Notwendigkeit hat sich besonders der weiblichen Arbeitskraft und den Jugendlichen gegenüber herausgestellt. Diese kommen vielfach mit unklaren Vorstellungen über die vorhandenen Möglichkeiten zum Arbeitsnachweis und würden ohne sachverständige Beratung abnormales und Erwerbsleben treten. Auch für die erwachsenen männlichen Arbeiter ist sie unter Umständen sehr wünschenswert. — Diese Tatsachen sind heute theoretisch allgemein anerkannt, nur wird ihnen in der Praxis noch nicht genügend Rechnung getragen. Man kann geradezu sagen, daß sich die Güte eines Arbeitsnachweises danach bemisst, welche Sorgfalt und welches Verständnis er der Arbeitsberatung entgegenbringt. Für den gemeinnützigen Arbeitsnachweis kommen zwei Gesichtspunkte in Betracht: die Berücksichtigung der persönlichen Lebensumstände und der psychischen Eignung. — Es liegt auf der Hand, daß es eines ganz besonders gut geschulten und vorgebildeten Beamtenpersonals bedarf, um diese Art der Arbeitsberatung auszuführen. Das geschieht, ist aber für das Volkswohl, wie für die Volkswirtschaft eine Frage von hoher aktueller Bedeutung, besonders in unserer heutigen Zeit der Unklarheit und Unkenntnis auf dem Arbeitsmarkt. Demem Prinzip der Arbeitsauslese immer mehr Geltung zu verschaffen, sollte darum auch eine Aufgabe der politischen Parteien sein; vor allem sollten die deutschen Demokraten auch auf diesem Wege führend voranschreiten. Wer sich näher über dieses wichtige Problem zu orientieren wünscht, dem sei die Broschüre von Dr. Silba Ench: 'Entwicklungstendenzen in der Arbeitsnachweismbewegung' wärmstens empfohlen.

Die Vereinigung des Reichspräsidenten.

WTB Berlin, 18. August. Die Nationalversammlung hat die feierliche Vereidigung des Reichspräsidenten auf die Verfassung für Mittwoch, den 20. August, 11 Uhr vormitags in der Nationalversammlung angesetzt.

# Nochmals der gefährliche § 2 des neuen Tumultschadengesetzes.

Rechtsanwalt Dr. Hermann Richter, Halle.  
In Nr. 379 der „Saale-Zeitung“ hat Herr Dr. Richter in seinem in Nr. 380 der „Saale-Zeitung“ veröffentlichten Artikel: „Der Entwurf des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden“ Kritik, namentlich zu § 2 des neuen Gesetzes. Er hält es für seine Pflicht, meiner Auffassung zu widersprechen, als läge dem § 2, der einen Erschlagungsanspruch nur dann zubilligt, wenn der Tumultschaden die Erklärung des Betroffenen gebräut, ein „gehobener sozialer Gehalt“ zugrunde.

Herr Dr. Richter hat den Sinn meiner Äußerung außer Acht gelassen. Ich habe diese Bemerkung nicht vom Standpunkt des § 2 des Gesetzes, sondern vom Standpunkt des Art. 119 Abs. 2, d. h. der Sozialpolitik geschrieben. Ich erkläre ausdrücklich und habe es auch in dem Artikel in Nr. 380 bereits zum Ausdruck gebracht, daß ich — mit Herrn Dr. Richter — selbstverständlich vom Standpunkt der Gerechtigkeit der Meinung bin: Alle die, welche durch die Tumulte seit November 1918 geschädigt sind, müssen voll entschädigt werden.

Wenn der Entwurf nur den wirtschaftlich Schwachen schützen will — und das ist die vornehmste und vornehmste Aufgabe der Sozialpolitik —, so kann ich diesen Gedanken, der, wie ich schon ausgeführt habe, von den finanziellen Mitteln der Wirtschaft mit eingeschlossen ist, vom Standpunkt der Sozialpolitik nur als einen gesunden sozialen Gedanken bezeichnen.

Aber auch in anderer Hinsicht ist meine Bemerkung zutreffend. Wenn Herr Dr. Richter zur Begründung seiner Ansicht vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus ausführt, jeder Bürger, ohne Unterschied seines Vermögens, habe gleichen Anspruch auf den Schutz des Staates, so ist dieser Anspruch leider bei den schmachvollen Friedensbedingungen und der hierdurch bedingten Verminderung unserer Heeresmacht nicht mehr realisierbar. Und die Kommunen können bei ihrer finanziellen Notlage nicht eine so große Zahl von Schutzleuten anstellen, daß die öffentliche Sicherheit voll garantiert wäre. Die Unabhängigen wollen ja sogar — wie in Halle — keine Beurlaubung der Soldaten! Der Bürger muß daher wieder wie früher zur Selbsthilfe greifen und sich zur Einwohnerwehr organisieren. Und dieser Gehalt einer streifen Organisation der guten Elemente der Volksgenossen wird durch die Bestimmung des § 2 des Gesetzes gefördert. Da eben bei mangelnder Organisation Tumulte ausbrechen und dann nur der wirtschaftlich Schwache Erfolg erhält. Diese Bestimmung gibt also, falls sie Gesetz wird, unserer Einwohnerwehr erst so recht die Existenz- und Fortbestandberechtigung und auch Verpflichtung.

Vom Standpunkt der Gerechtigkeit, dem einzelnen Geschädigten gegenüber, ist jedoch zu hoffen, daß § 2 des Entwurfs nicht Gesetz wird, vielmehr der bisher anerkannte Grundgedanke des gleichen Rechts für alle und die Unverletzlichkeit höhererem Rechte erhalten bleibt, wenn auch das Recht im modernen sozialen Volkstaat zur Entwicklung von rein gerechten Recht zum Recht der sozialen Fürsorge unabwiesbar hinneigt — auch auf dem Gebiete des Privatrechts.

## Heraus mit den Kriegsgefangenen!

Berlin, 18. August. Zu einer einträchtigen Kundgebung für die Freilassung der Kriegsgefangenen gestaltete sich die für gestern vom Bezirksverband der sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung, auch vom Frauenbezirk besucht. Die Besprechung wurde von der Reichskommissarin für Kriegs- und Zivilgefangene, der Abgeordnete in der Nationalversammlung Städeln.

Die „Nordische“ meint, Städeln habe den großen Eindruck der Bewegung in Deutschland abgezwängt, indem er es so darstellte, als hätten sich parteipolitische Bestrebungen in den Kampf um die Freilassung der Kriegsgefangenen hineingemischt. Das Aufmunterungen der Regierung einen Zweck hätten, gebe u. a. aus der Antwort Oberis an den Bund Deutscher Frauen zur Freilassung der Gefangenen hervor. Herr Ober lieh den Brief dieser Frauen durch Fräulein für den ganzen Kreis verteilen. Wir müssen immer wieder protestieren gegen das Verbrechen der Entente, gegen die Verletzung aller Menschlichkeit, aber wir müssen es tun als einig es Volk.

## Die Verluste der deutschen Unteroffiziere.

Nach einer amtlichen Zusammenstellung hat Deutschland im Weltkriege an gefallenem, verwundeten und vermissten aktiven und inaktiven Unteroffizieren im ganzen einen Verlust von 778.500 Mann gelitten. Davon entfallen auf Preußen 610.900, Bayern 79.000, Sachsen 55.800 und auf das württembergische Kontingent 33.200. Die Zahl der Toten beträgt bei Preußen 150.407, Bayern 18.057, Sachsen 12.902, Württemberg 8149, zusammen also 190.205. Vermißt werden 110.618 Angehörige des Unteroffiziersstandes. Nicht weniger als 477.787 wurden verwundet. Diese Opfer beweisen, daß das deutsche Unteroffizierskorps mit berechtigtem Stolz auf seine Leistungen und seine treue Pflückerfüllung im Kriege zurückblicken darf.

## Ungarischer Protest gegen Deutschland.

WTB. Budapest, 17. August. Nach einer Meldung des Ungar. Anz. wird hat der Minister des Äußeren, Kosáry, eine Note an die deutsch-österreichische Regierung gerichtet, in der es heißt: Mit Schrecken und mit Befremden hat die ungarische Regierung von dem Schritt der deutsch-österreichischen Regierung Kenntnis erhalten, wonach diese dem Präsidenten der Friedenskonferenz um die Ermächtigung bat, die Ruhe und Ordnung in den weitausgedehnten Komitaten herzustellen, Gendarmerie, Volkspolizei und Sicherungstruppen zu schaffen. Als Begründung führt die deutsch-österreichische Regierung in ihrer Note an, daß die dort versammelten ungarischen Truppen, deren Chauvinismus und Gewalttätigkeiten bekannt seien, die deutsche Bevölkerung der westungarischen Komitate dem „Schrecken und Verberben“ ausliefern würden.

# Streik und Aufruhr in Oberschlesien.

Der polnische Aufruhr in Oberschlesien anscheinend unterdrückt. — Der Bergarbeiterstreik geht weiter. Vor der Einführung des Arbeitszwanges in Oberschlesien.

## Weitere Einzelheiten zum Aufruhr.

Katowice, 17. August. Ueber die Vorgänge in Galesa erzählt ein Vertreter des „P.M.“, daß dort ein Putsch militärisch fertig organisiert war. Die Militärbehörden hatten aber rechtzeitig Kenntnis davon bekommen. Das Detachement Tillmann und das Marine-Surmatailion von Weisau gingen gegen die Urheber des Putsches erfolgreich vor. Bei der Durchsichtung nach Waffen wurde

bestimmter Widerstand geleistet, und es kam zu einem regulären Feuergefecht. Eine große Anzahl Leute, die mit Waffen betroffen wurden, ist heute früh bei der Polizeidirektion Katowice hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Die Bevölkerung in den Städten des Industriegebietes ist über die bekannt gewordenen Vorfälle außerordentlich erregt, jedoch ist die Ruhe im Industriebezirk vollkommen gewahrt.

Ueber den Putsch in Plesch erzählt der gleiche Berichtserstatter: Für die Nacht zum Sonntag war ein Ueberfall auf die in Plesch stationierten Truppen

geplant mit dem Ziel: Plesch sollte geplündert und besetzt werden. Die Truppen ergriffen die nötigen Gegenmaßnahmen und begaben sich dorthin, wo die Aufständigen zusammenkommen wollten. Dabei wurden 45 Mann festgenommen. Gegenwärtig herrscht in Plesch Ruhe. Von den festgenommenen Personen wurde zugesagt, daß sie von großpolnischer Seite noch weitere Waffen empfangen sollten. Weisau-Abteilungen sind bei diesen Leuten gefunden worden; auch wurden in Galesa Waffen entdeckt. Zwei Leute mußten sich der Festnahme entziehen und haben sich der Verfolger entzogen, wobei mehrere deutsche Soldaten verwundet wurden.

## Die Streiklage.

Königsbrunn, 17. August. Bis heute war die Lage im oberschlesischen Bergarbeiterstreik noch dieselbe, daß wird morgen, Montag, mit einem Zusammenbruch des Streikes gerechnet. Die Verhändlung des Arbeits-

Die ungarische Regierung sieht sich gezwungen, gegen diese Voraussetzung auch das entscheidende zu protestieren. Sie sieht in dem Schritt der deutsch-österreichischen Regierung eine ernste Gefährdung der seitens der neuen ungarischen Regierung und der gesamten Bevölkerung Ungarns angelegten freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland.

Was nun die Zugehörigkeit der von deutschsprachigen Bevölkerung bewohnten Gebiete Westungarns an betrifft, so würde sich Ungarn für die ungarische Regierung einzig und allein einem unabhängigen Beschluß der Versämler Friedenskonferenz beugen müssen, während jede einer derartigen Entscheidung vorgehende gewaltsame Besetzung dieser Gebiete unersetzlich einen bewaffneten Widerstand zur Folge haben müßte.

Auch steht der einigungs erwählte Schritt der deutsch-österreichischen Regierung mit ihrer bisherigen Haltung in dieser Frage im auffallenden Widerspruch, da sie bisher den Standpunkt vertreten hat, daß die Entscheidung über das Schicksal dieser Gebiete von einer unbeeinflussten Volksabstimmung abhängig zu machen sei.

## Keine Arbeitslosenunterstützung mehr in Ungarn.

Berlin, 18. August. Die neue Regierung in Budapest stellte die Arbeitslosenunterstützung ein. Eine ergänzende Meldung aus Budapest besagt: Eine der ersten Verfügungen des neuen Ministeriums betrifft die Einstellung der Zahlung der Arbeitslosenunterstützung in Ungarn. Die Sozialisten protestieren gegen diese Verfügung und es ist sehr fraglich, ob unter solchen Umständen noch eine Einigung zustande kommen wird. Wie hier verlautet, soll gegen den Grafen Caroly ein kaiserliches Verbot verhängt werden. Er wird beschuldigt, aus dem kommunistischen Regime materielle Vorteile gezogen zu haben. Caroly war unter dem kommunistischen System politischer Kommissar bei einer großen Konsumgesellschaft. Auf seiner Flucht hat er den Betrag von 11 Millionen Kronen mitgenommen, die er dann in Wien bei Privatbanken in Dollars einwechselte. Dann bekannt ist, daß er vor Ausbruch des Kommunismus nur über ganz unbedeutende Barschaft verfügte, soll jetzt dieser Punkt den Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung bilden.

## Schwere Unruhen in Irland.

Haag, 18. August. (Eig. Drahtnachricht.) General Haed Pain, der Kommandant im Norden von Irland, hatte eine Demonstration von Nationalisten und Einwohnern gesehen, da am Freitag in Londonderry eine Gendefenserschießung des Lagers der Besatzung dieser Stadt erfolgen sollte. Der Kommandant ließ die Wälle der Stadt durch Truppen mit aufgepflanztem Boykott besetzen. Die Bolschewisten griff die Truppen jedoch an, die notwendigen von ihrer Gewehrfeuer Gebrauch machen mußten. In der Abendglocke das Militär nach Angriff auf die Menge über. Gegen Mitternacht befand sich die ganze Stadt im hellen Aufruhr. Bewachungen und Wachen wurden gestrichelt und geplündert. Am frühen Morgen trafen weitere Verstärkungen ein, die den Mitternacht der Stadt überlieferten. Sonnabend früh trat erst wieder Ruhe ein, doch erwartet man eine Wiederholung der Unruhen. Auch in der Grafschaft Clare, wo der Belagerungsstand erklärt wurde, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Sinnfeindern. In Mallow wurde eine Polizeistation von Sinnfeindern unter Feuer genommen.

## Schamloses Verhalten der englischen Regierung gegen deutsche Gefangene.

Rotterdam, 17. August. In der Erklärung des Ministers für den Unterhause, daß die deutschen

zwanges steht für morgen bevor. Den Bergleuten ist mitgeteilt worden, daß gegen alle Streikenden, die morgen die Arbeit nicht aufnehmen, die härtesten Maßnahmen ergriffen werden. Von den 2.000 Arbeiter wurden 1.000 in den Bergwerken 80-70 Prozent der Belegschaft an. Der Königshütte hat heute beschlossen, morgen vollständig einzufahren. Im Anhöher wieder wurde die Belegschaft am Streik bisher gänzlich abgelenkt. Der Eisenbahnverkehr, Licht- und Kraftlieferungen sind seit gestern abend wieder völlig im Gange.

Wie bereits gemeldet, sind die Oberschlesischen Militärtruppen durch Truppen der 3. Marinebrigade wieder in Betrieb gesetzt worden. Das Pionierbataillon Bornemann hat die Gottesdienstgebäude in Antonienhütte besetzt, dort sind die Wasserwerke, von deren Betrieb die Erhaltung und das Verlaufen der ganzen umliegenden Grubenanlagen abhängen. Auch hier wird die Arbeit aufrechterhalten.

Es findet sich auch hier und da schon eine, wenn allerdings auch keine Zahl Arbeitswilliger, die unter dem Schutze des Militärs arbeiten. Gegen die Streikposten und Streikführer wird von der Truppe eingeschritten. Daneben hält das Militär weiter Ruhe und Ordnung aufrecht.

Heute haben Verhandlungen mit den Arbeitern der Gottesdienstgebäude stattgefunden, mit dem Erfolg, daß Montag früh die Arbeit in beiden Zentralen, Soboga und Chorow, wieder aufgenommen wird. Das Militär rückt zum großen Teil morgen ab. Ein kleiner Teil nur bleibt zum Schutze des Betriebes da.

## Blutige Ausschreitungen.

In Myslowitz kam am Sonnabend vormittag zu einer blutigen Schießerei gekommen. 2000 Bergleute der Myslowitzer Grube waren zum Empfang der Wöhne versammelt. Die Grubenverwaltung verlangte, daß je 30 Mann den Lohn im Empfang nehmen sollten. Darauf kümerten die Bergleute das Verwaltungsvergebäude. Als eine Militärabteilung die Ordnung wieder herzustellen wollte, fiel ein Schuß auf das Militär und verwundete einen Soldaten. Nach zweimaliger Aufforderung, auseinanderzugehen, gab das Militär Feuer und tötete 4 Personen. Zwei der Verwundeten sind später gestorben.

Kriegsgefangenen, die in England beim Überbarr beschäftigt sind, den gleichen Lohn erhalten wie die britischen Arbeiter, teilt das Arbeiterblatt „Daily Herald“ mit, daß die Bayern diese Beträge zwar auszahlen, aber nicht an die Kriegsgefangenen, sondern an die britische Regierung, welche den deutschen gefangenen Arbeitern nur zwei oder drei Pence, das sind 25 Pfennige, monatlich zukommen läßt. Das übrige wird zurück behalten, angeblich für den Lebensunterhalt der Gefangenen.

## Ganz Sibirien gegen den Bolschewismus.

Amsterdam, 17. August. Laut „Allgemeines Handelsblatt“ wird aus Omsk gemeldet, daß alle politischen Parteien in Sibirien, darunter auch die sozialistischen Parteien, eine Resolution verabschiedet haben, in der die Revolution aufgefordert wird, die Regierung Kollontais zu unterstehen und alles zur Bekämpfung des Bolschewismus einzusetzen.

## Sozialdemokratischer Parteitag der Schweiz.

Basel, 17. Aug. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung des am Sonnabend zumangetretenen außerordentlichen sozialdemokratischen Parteitages der Schweiz war die Stellungnahme zur 3. Internationale. Dr. Welt begründete den vom Parteitag beschlossenen Antrag, sofort aus der 2. Internationale auszutreten und der 3. Internationale beizutreten. Der westschweizerische Sozialist Drey bekannte sich als entschiedener Anhänger der Moskauer Internationale während Nationalrat Graber erklärte, daß der Weg des Kommunismus zum Untergang des Proletariats führe. Schließlich wurde in der Abstimmung über die verschiedenen Anträge mit 318 gegen 147 Stimmen beschlossen, der 3. Internationale beizutreten.

Am Sonntag vormittag nahm der sozialdemokratische Parteitag u. a. den Antrag des Parteivorstandes an, den Beitritt der Schweiz zum Völkerverbund zu bedingeln.

## Polnische Arbeiter für den Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Verailles, 17. August. Der „Temps“ meldet aus Versailles: Eine anscheinend offizielle, durch die Warschauer Blätter veröffentlichte Note läßt erkennen, daß die Beziehungen zwischen der französischen Regierung und der polnischen Delegation über die Frage der Heranziehung polnischer Arbeiter für die Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten in Frankreich zu einer noch nicht eingeleiteten geführt haben und daß die Zusammenarbeit polnischer Arbeiter von größerer Ausdehnung sein wird als ursprünglich geplant wurde.

## Deutsches Reich.

### Amerikanische Post eingetroffen.

WTB. Hamburg, 18. Aug. Der norwegische Dampfer „Alfred Nobel“ ist heute vormittag aus New York mit 2746 Seiten amerikanischer Post eingetroffen.

Nach 46.000 deutsche Defektoren im Ausland. Nach einer an amtlicher Stelle vorliegenden Statistik beträgt die Zahl der deutschen Defektoren im Ausland noch etwa 46.000. Die Regierung trägt sich mit dem Gedanken, eine Sonderbestimmung zu erlassen, die es den Defektoren ermöglicht, nach Deutschland zurückzukehren. Ausgenommen sind solche Personen, gegen die ein Verfahren wegen Hochverrats schwebt oder die wegen gemeiner Verbrechen verfolgt werden.